Dresdner Volkszeitung

Drahtanschrift: Dresden, Verlag & Comp., Nr. 1968.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 85 | Dresden, Mittwoch den 13. April 1921 | 32. Jahrg.

Kongreßeröffnung in Washington

Washington, 12. April. Heute wurde die 76. Session des Kongresses eröffnet. Wie üblich wurde eine ganze Reihe von kleinen Gesetzentwürfen eingebracht, worauf die Konstituierung des Bureaus stattfand. Zum Sprecher des Repräsentantenhauses wurde der Vertreter von Massachusetts, Gillett, gegen den demokratischen Kandidaten Glaude gewählt. Die einzige weibliche Abgeordnete Alice Robertson, eine 63jährige Wirtshausbesitzerin aus den Südstaaten, die jetzt das Kongreßrestaurant kontrolliert, wurde mit einem großen Blumenstrauß begrüßt. Mehr als 100 neue Mitglieder mußten vereidigt werden. Das Mitglied des Repräsentantenhauses Kahn aus Kalifornien brachte einen Antrag bezüglich des Falles Vergdoll in Deutschland ein. Er verlangte die sofortige Beratung dieses Falles. Präsident Harding ließ durch seinen Sekretär Christian jun. eine Einladung an alle Kongreßmitglieder in das Weiße Haus für morgen ergehen. Der Sekretär erklärte, daß der Präsident mit der Ausarbeitung seiner Botschaft beschäftigt sei. Er habe diese Arbeit viel schwieriger gefunden als er angenommen habe. Die Fertigstellung der Botschaft werde erst vor morgen früh erfolgt sein.

Die Botschaft Hardings

Washington, 12. April. In seiner Botschaft an den Kongreß billigt Präsident Harding die Beendigung des technischen Kriegszustandes mit den Zentralmächten Europas durch eine ausdrückliche Resolution des Kongresses unter der Bedingung, daß alle Rechte der Vereinigten Staaten gewahrt würden. Die Vereinigten Staaten würden sich dem bestehenden Völkerbund nicht anschließen. Harding fährt aber fort: Wir geben, indem wir der Welt diese Mitteilung machen, in keiner Weise unser Ziel auf, eine Vereinigung zu schaffen zur Förderung des Friedens, an der wir von ganzem Herzen teilnehmen wollen. Wir erwägen diese Angelegenheit und hoffen, einen Plan einer solchen Vereinigung ausarbeiten zu können.

Die Botschaft des Präsidenten Harding an den Kongreß enthält folgende Vorschläge: 1. Sofortige Bestätigung der Notgesetzgebung. 2. Maßnahmen zwecks wirtschaftlichen Betriebes der Eisenbahnen bei Herabsetzung der Kosten. 3. Schaffung besserer Wohnungen. 4. Maßnahmen zur Regelung und Förderung des Heeres-Zeitungswesens. 5. Schaffung und Aufrechterhaltung einer großen amerikanischen Handelsmarine. 6. Die Maßnahmen, um in praktischer Weise den vormaligen Kriegsteilnehmern die Dankbarkeit des Landes zu zeigen. 7. Neuregelung des Steuerwesens. 8. Beschleunigte und allmähliche Liquidierung der Kriegsschulden des Auslandes. 9. Allmähliche Verminderung der Kosten für die Regierung. Die Botschaft enthält auch eine Verurteilung der Lynchjustiz.

In seiner Botschaft führte Präsident Harding auch aus, er stehe dem Wunsche nach Abrüstung sympathisch gegenüber. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit den andern Nationen zu diesem Zweck zusammenzuwirken. Aber die einfachste Klugheit verbiete den Vereinigten Staaten, allein abzurüsten.

In der Botschaft des Präsidenten Harding heißt es weiter: Die Dringlichkeit eines sofortigen Tarifnotgesetzes kann nicht genug hervorgehoben werden.

Die Stellen in der Botschaft des Präsidenten, die sich mit den Fragen der äußeren Politik befassen, lauten wie folgt: An dem augenblicklichen Bunde einer Weltregierung mit seinen Ueberlegenheiten wird unsere Republik keinen Teil haben. Es kann hier keine Mißdeutung geben. Einen Verrat an dem wohlerwogenen Willensausdruck des amerikanischen Volkes bei den letzten Wahlen darf es nicht geben. Es ist nur fair, der Welt im allgemeinen und den Alliierten im Kriege im besonderen zu erklären, daß der Versailler Vertrag unsere Genehmigung nicht erhalten kann. Ganz abgesehen davon wurde das höchste Ziel des Völkerbundes dadurch hinfällig gemacht, daß der Bund mit dem Friedensvertrage verknüpft und dadurch zu einem Zwangsmittel der Sieger und Kriege wurde. Die fundamentalen Ziele, die jene solche Vereinigung zu erreichen sucht, können nicht gedeihen, solange diese Vereinigung das Ergebnis irgendeines besonderen Vertrages ist oder zur Erreichung irgendeiner besonderen Ziele irgendeiner Nation oder Gruppe von Nationen geschaffen ist. Das bei den Wahlen gegebene Versprechen, nach einem Verbande der Nationen zu streben, wird streng gehalten werden.

Mit Bezug auf die Frage eines

Sonderfriedens mit Deutschland

heißt es in der Botschaft außer dem bereits gemeldeten noch weiter: Die Vereinigten Staaten stehen als einzige unter den alliierten und assoziierten Mächten noch technisch im Kriegszustande mit den Zentralmächten. Diese anormale Lage darf nicht weiter fortdauern. Um technisch den Friedenszustand ohne Verzug herzustellen, würde es eine durchgängige erklärende Entschließung des Kongresses mit einigen Einschränkungen, die wesentlich sind, um alle unsere Rechte zu wahren, ausreichen. Eine solche Aktion könnte in keiner Weise als Verletzung von denen ausgelegt werden, mit denen wir im Kriege gemeinsam unsere Opfer gebracht haben, denn diese Mächte befinden sich bereits im Friedenszustand.

Eine solche Entschließung sollte nichts weiter als den Friedenszustand erklären, den ganz Amerika fordert. Es würde Pflicht sein, eine Darlegung über die zukünftige Politik mit bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten in einer solchen Erklärung des Friedenszustandes zu machen. Wir würden sonst bei der Verfolgung der Fehler der vollziehenden Gewalt, die vor dem Abschluß des unglücklichsten Vertrages in der Geschichte der Nationen die sorgfältigsten Bemühungen des Senats nicht anerkannte, was eigentlich amerikanisch ist, in das andre Extrem übergehen, wenn der Kongreß oder der Senat die Funktionen der vollziehenden Gewalt auf sich nehmen würde. Unsre höchste Pflicht ist die Wahrung der festgesetzten Vollmachten eines jeden und die Förderung dieses Geistes des Zusammenwirkens, der unserm gemeinsamen Wohle so wichtig ist.

Es würde eitel sein, Friedensverträge mit den Mächten zu schließen unter der Annahme, daß dies hinreichend wäre, da die Lage so verwickelt ist, daß unsre Friedensverbindlichkeiten alte Weltbeziehungen und bereits erfolgte Regelung nicht außer acht lassen dürfen. Es ist auch nicht wünschenswert, daß dies geschieht. Bei der Wahrung unsrer eigenen Rechte und bei der Festsetzung unsrer zukünftigen Beziehungen würde als der glücklichere Weg die Annahme der Betätigung unsrer Rechte und Interessen, wie sie bereits der bestehende Vertrag vorsieht, erscheinen, natürlich unter der Annahme, daß dies befriedigend erreicht werden kann durch deutliche Vorbehalte und Abänderungen, die unsre unbedingte Befreiung von nicht vorsätzlichen Verpflichtungen sichern und alle unsre wesentlichen Interessen schützen. Weder der Kongreß, noch das Volk bedürfen meiner Versicherung, daß ein Ersuchen um Unterhandlungen über die Friedensverträge, die notwendig sind, ebenso überflüssig und unnötig ist, wie technisch unwirksam.

Harding erklärte weiter: Der

Anteil Amerikas bei der Neuordnung und Wiederherstellung

kann nicht außer acht gelassen und muß genau bestimmt werden. Nachdem die Ueberregierung des Bundes endgültig abgelehnt und dies der Welt mitgeteilt wurde, und nachdem der Friedenszustand zu Hause erklärt wurde, könne Amerika dazu übergehen, vertragliche Beziehungen abzuschließen, die so wesentlich seien, wie die Anerkennung der Rechte der amerikanischen Nation, und von neuem einen vollen Anteil bei dem Anschluß an die Völker der Welt bei der Verfolgung des Friedens nehmen. Amerika habe seine Verpflichtungen bei der Schaffung der Ruhe in Europa. Diese Restauration müsse geschaffen werden, bevor der menschliche Fortschritt wieder einsetzen könne. Hilfsbereitschaft bedeute jedoch nicht Verpflichtung und Teilnahme an wirtschaftlichen Anordnungen, bedeute nicht eine Bürgschaft für Vertragsverpflichtungen, die uns nicht betreffen und an denen wir keinen Anteil haben. In dem dringenden Wunsche, das größte und beste für unsre eigene Republik zu tun, um ihren Wohnplatz unter den Nationen aufrecht zu erhalten und zur gleichen Zeit vollste Gerechtigkeit zu bieten, werde ich auf die praktischste Weise den Rat des Senats einholen, nachdem dieser mit allen Bedingungen, denen Rechnung zu tragen, den Verpflichtungen, die erfüllt und unsern Rechten, die geschützt werden müssen, bekannt gemacht worden ist.

Wir können der Menschlichkeit keinen wirksamen Dienst erweisen, bevor wir von neuem unsre eigene Fähigkeit zum Zusammenwirken in der Beurteilung der Tatsachen, die die Verfassung verleiht, beweisen und keinerlei Verträge können abgeschlossen werden, die unsre Verbindungen im Kriege außer acht lassen. Für die Zukunft kann keine nützliche Gesellschaft der Nationen auf Gerechtigkeit gegründet und zum Frieden verpflichtet werden, bevor Verträge, die den Frieden wieder herstellen, von den Nationen besiegelt werden, die sich im Kriege befanden. Harding sagte zum Schluß: Für die vollständige Wiederherstellung des Friedens und seine Beziehungen zur Verwirklichung der amerikanischen Beziehungen nach einem Verbande der Nationen zur Unterstützung der Welt ohne Weltregierung werde er sich vorbereiten, indem er sich das hohe Privileg und die überragende Pflicht der Vereinigten Staaten in dieser kritischen Periode der Welt vor Augen halte.

Stegerwalds Kabinettsbildung

Berlin, 13. April. Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, haben die Besprechungen, die gestern nachmittag zwischen Ministerpräsident Stegerwald und den bisherigen Mitgliedern des preußischen Kabinetts stattfanden, noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt. Immerhin steht das neue Kabinett in seinen Grundlagen fest und seine Bildung wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages sich vollziehen. Ministerpräsident Stegerwald wird das Wohlfahrtsministerium beibehalten; ebenso bleibt der Zentrumsabgeordnete Am Zehnhoff Justizminister.

Von den sozialdemokratischen Ministern behält Severing das Ministerium des Innern und Haenisch das Unterrichtsministerium, während Landwirtschaftsminister Braun ein andres Ministerium übernehmen wird. Für ihn käme unter Umständen ein neuzubildendes Ministerium in Betracht, dem die Vertretung Preußens im Reichsrat und die Verbindung mit dem Reiche obliegt und dessen Inhaber zugleich Vizepräsident im Staatsministerium ist. Da in dem mit dem Demokraten Fischbeck besetzten Handelsministerium eine Aenderung nicht eintritt, wären noch das Finanzministerium und das Landwirtschaftsministerium neu zu besetzen, für das dann Beamte in Frage kämen, mit denen sich die Deutsche Volkspartei einverstanden erklärt. In diesem Zusammenhang ist für das Landwirtschaftsministerium Raumann genannt worden. Die neue Regierung würde also aus drei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsmännern, einem Demokraten und zwei „Beamten" bestehen.

Neue Türkenoffensive

Konstantinopel, 12. April. Die Türken sind zu einer neuen Offensive geschritten. Sie rückten bis von Demirgli gegen Sari Kere im oberen Meandertal. Man ist noch ohne Nachricht über das Ergebnis des Vorgehens, das augenscheinlich den rechten griechischen Flügel zu umfassen sucht. Die Türken scheinen in den letzten Tagen beträchtliche Verstärkungen erhalten zu haben, die aus 10 alten Divisionen bestehen, die sich im Kaukasus befanden und durch den Abschluß des kürzlichen Abkommens zwischen Angora und Moskau frei wurden.

Reparation und 1. Mai

Genosse Hermann Müller, Franken, schreibt im Vorwärts:

Der 1. Mai dieses Jahres erhält durch den Vertrag von Versailles seine besondere Bedeutung. Am 1. Mai 1921 soll festgestellt werden, welche Gesamtsumme Deutschland für Wiedergutmachung an die Kriegsgegner schuldet. Bis zum 1. Mai 1921 soll ferner Deutschland Sachgüter im Werte von 20 Milliarden Goldmark an die siegreichen Ententestaaten geliefert haben. Nach Auffassung der deutschen Regierung hat Deutschland bereits jetzt etwas mehr als dies geliefert. Die Ententeregierungen bewerten das Geleistete jedoch mit 12 Milliarden Goldmark weniger. Sie wollen Werte wie die Frankreich übergebenen Saargruben (im Werte von 1 Milliarde Goldmark), wie das übergebene Staatseigentum in den Abtretungsgebieten und andres mehr als nicht liquide Werte auf die 20 Milliarden Goldmark nicht anrechnen lassen. Kann Deutschland die geforderten 12 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai nicht zahlen, würde es die Feststellungen des Reparationsausschusses als mit seiner Leistungsfähigkeit unverträglich nicht anerkennen, so drohen ihm nach den Pariser Ministerreden der Briand, Barthou, Loucheur neue schwere Sanktionen, Sanktionen, die, wenn wir den Pariser Stimmen trauen dürfen, praktisch kaum viel weniger als neuen Krieg bedeuten.

Der 1. Mai, von den sozialistischen Arbeitern der ganzen Welt seit Jahrzehnten dem Gedanken der Völkerversöhnung geweiht, soll nach dem furchtbaren Ergebnis dieses Weltkrieges die Völker nicht in der Parole: „Krieg dem Kriege!" einig finden, sondern der Ausgangspunkt neuer kriegerischer Handlungen werden. Daraus können nur die Nationalisten aller Länder Nutzen ziehen. Weil so neuer Haß gesät würde, müssen alle Freunde des Friedens das Aeußerste tun, damit sich in letzter Stunde die Vernunft durchsetzt.

Auf welchem Wege können wir nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen zu neuen Vorschlägen kommen? Das ist die Frage. Daß Deutschland zu solchen bereit ist, steht nach dem Berner Matin-Interview des Reichsaußenministers Simons nicht mehr in Frage. Die albernen Katastrophenpolitiker der Rechten, die alle Tage in die Welt schreien, daß der Versailler Vertrag erledigt sei und glauben damit genug getan zu haben, mögen darüber noch so sehr zetern. Die Londoner Verhandlungen haben ergeben, daß sich die Ententeregierungen und die deutsche Regierung über zweierlei nicht einigen konnten: 1. über den Wert der bis zum 1. Mai getätigten Vorleistungen, 2. über die unter Berücksichtigung der deutschen Leistungsfähigkeit festzusetzende Gesamtsumme für Reparation.

Die Konferenz der Zweiten Internationale hat in diesem Streite weder für die eine noch für die andre Seite Stellung genommen. Sie hat nur verlangt, daß solche Streitigkeiten im Geiste der Gerechtigkeit und in einem der Gerechtigkeit entsprechenden Verfahren ausgetragen werden und deshalb vorgeschlagen, daß diese Streitfragen einer Sachverständigenkommission zur Entscheidung überwiesen werden sollen, welche der Völkerbund oder eine andre für beide Parteien annehmbare Instanz einsetzt.

Eine solche für beide Parteien annehmbare Instanz muß sich bei gutem Willen auf beiden Seiten finden lassen. Die alte und die neue Welt haben ein Interesse daran, daß der normale Handels- und Wirtschaftsverkehr auch mit Deutschland nicht dauernd durch kriegerische Ereignisse gehindert wird. Aber ich höre einen Einwand: Frankreich, England, vielleicht auch Amerika, werden sagen, daß Deutschland mit einem solchen Vorschlag wieder einmal Verschleppungsmanöver beabsichtigt, um sich von der Zahlungspflicht zu drücken.

Diesem Einwand ist dadurch zu begegnen, daß Deutschland sich für die Zeit der Prüfung dieser Streitfragen verpflichtet, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen. Man braucht dabei nicht nur an die Zahlung von Annuitäten für ein oder zwei Jahre, d. h. für eine Zeit, die zur Prüfung der Streitfrage mehr als ausreichend wäre, zu denken. Sondern Deutschland müßte außerdem in dieser Zeit schon praktisch etwas für den Wiederaufbau tun.

In Uebereinstimmung mit dem Amsterdamer Beschluß der Zweiten Internationale bin ich der Auffassung, daß Deutschland den Wiederaufbau nur durch ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldesleistungen bewerkstelligen kann. Bis über die Sach- und Arbeitsleistungen eine Uebereinstimmung zu erzielen ist, wird nach den bisher gemachten Erfahrungen immerhin einige Zeit vergehen. Es kommt hinzu, daß man in Belgien die Beschäftigung von deutschen Arbeitern für den Wiederaufbau zur Zeit noch nicht für möglich hält, weil die Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung in Erinnerung an die von der deutschen Heeresleitung angeordneten grausamen Deportationen noch zu sehr deutschfeindlich ist. Für Belgien stehen deshalb die Geldleistungen im Vordergrund und auch Frankreich braucht wegen seines eigenen Finanzelends flüssige Mittel, wenn in den nächsten Jahren das Gros der zerstörten Häuser wieder aufgebaut werden soll.

Um hier zu helfen, müßte sich deshalb die deutsche Regierung verpflichten, unabhängig von der Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit in den nächsten Jahren die Anleihen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210413/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG